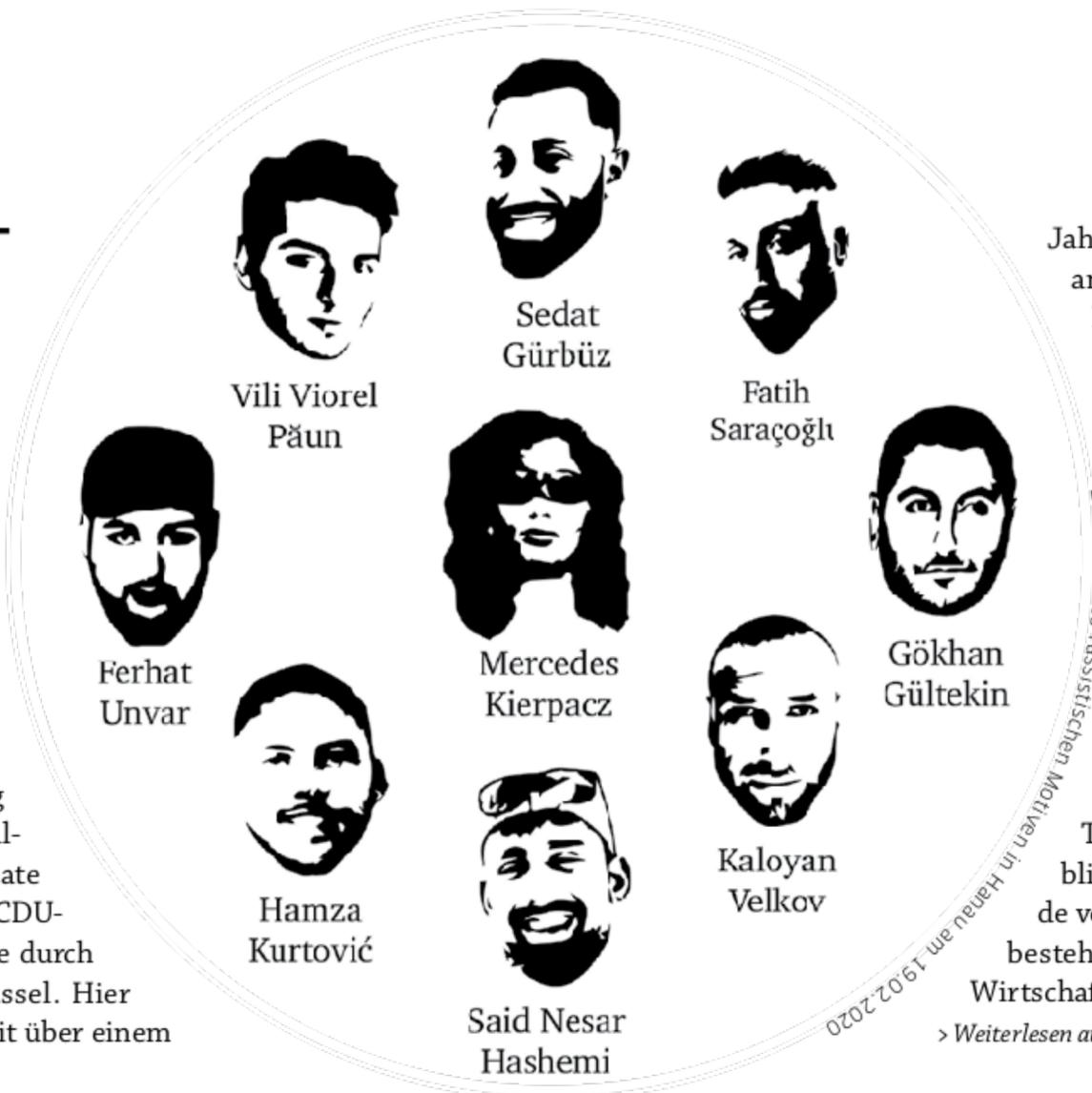


Rechter Terror: Welche Rolle spielt der Staat?

Mehr als acht Monate sind seit dem rassistischen Anschlag in Hanau bei Frankfurt am Main bereits vergangen. Mehr als ein Jahr seit dem rechten Anschlag auf eine Synagoge in Halle und mehr als 16 Monate seit dem Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke durch einen Neo-Nazi in Kassel. Hier in Berlin kommt die seit über einem



Jahrzehnt anhaltende Brandanschlags- und Mordserie in Neukölln hinzu. Der «Neukölln-Komplex» trat erst kürzlich wieder in das öffentliche Bewusstsein, da die Ermittlungsbehörden selbst in den Verdacht kamen, mit dem Neo-Nazi-Terror zu sympathisieren. Bedauerliche «Einzelfälle»? Es handelt sich um eine bereits länger anhaltende Kontinuität rechten Terrors in der Bundesrepublik. Sie verschärft sich gerade vor dem Hintergrund einer bestehenden Gesundheits- und Wirtschaftskrise..

> Weiterlesen auf S.3

Betriebe übernehmen statt schließen!

Mehr als 1000 Beschäftigte bei Galeria-Kaufhof und Karstadt in Berlin sind in Folge der Geschäftemacherei durch die Signa Holding, ihres Zeichens umtriebiger auf dem Immobilienmarkt, in der aktuellen Krise von Entlassung bedroht. Auch am Leopoldplatz sollte das Karstadt Warenhaus schließen. Der Berliner Senat will nun in einem Deal mit dem Multimilliardär René Benko durch eine Zahlung von 45 Millionen Euro die bedrohten abgewirtschafteten Filialen erhalten.

> Weiterlesen auf S.12

Italien in der Pandemie

Als im Februar-März 2020 die sogenannte Corona-Krise ausbrach, konnte sich niemand vorstellen, welches Ausmaß sie annehmen und dass sie die gesellschaftlichen Verhältnisse auf diese Weise verändern würde. Trotzdem sind die starken Umwälzungen – gerade auch in Italien – nicht überraschend. Denn es handelt sich schließlich um eine Weiterführung der Wirtschaftskrise von 2008/09-2012, von der sich die südeuropäische Halbinsel bis vor der Pandemie noch nicht wirklich erholt hatte.

> Weiterlesen auf S.15

Weisse Taube, rotes Herz

Die evangelikale «Universalkirche» mit Sitz am Leopoldplatz unterstützt die rechtsextreme Bolsonaro-Regierung in Brasilien.

Eine fliegende weiße Taube in einem roten Herzen – das ist das Symbol der «Universalkirche des Königreich Gottes». Manche Passant*innen haben es vielleicht schon auf dem Leopoldplatz gesehen.

> Weiterlesen auf S.11

Inhalt Ausgabe #6

TITEL

3 Der Staat schaut zu, der Staat macht mit

Die rechte Antwort auf die Krise sind rassistische Polizeigewalt und Terror

4 Vorsicht: Polizei!

Ein Beitrag der bundesweiten Kampagne «Death in Custody- Tod in Gewahrsam aufklären!»

5 «Klima der Angst» - Trotz Pandemie schiebt Berlin wieder ab

Weddinger Vereine fordern sofortigen Abschiebestopp

7 Yalla, Migrantifa!

Organisierte migrantische Gegenwehr in Zeiten des Rechtsrucks

KIEZ GESCHICHTE

8 «Wir hatten zwar nur Stube und Küche, aber eine Innentoilette!»

Eine Stadtführung durch den Wedding berichtete vom Alltag und Widerstand proletarischer Frauen in den 20er und 30er Jahren

THEMEN

9 Proteste zum Vorkaufsrecht im Wedding: Viel gekämpft, etwas gewonnen

Ein Beitrag der Stadtteilorganisation «Hände weg vom Wedding!»

10 Die Kämpfe gegen Rassismus und Sexismus verbinden

Ein Interview der Frauenkommune Wedding mit dem International Women* Space

11 Weisse Taube, rotes Herz

Die evangelikale «Universalkirche» mit Sitz am Leopoldplatz unterstützt die rechtsextreme Bolsonaro-Regierung in Brasilien

12 Karstadt-Pleite: Betriebe übernehmen statt schließen!

Ein Interview mit aktion ./ arbeit sunrecht zur Möglichkeit von Betriebsübernahmen durch Belegschaften

13 Querfront made in Wedding - die «Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand»

Coronaleugner*innen organisieren sich in einem Büro in der Plantagenstraße

KULTUR

14 Nachbar*innen feiern miteinander - und das KALIBANI-Kinderorchester tritt auf

Hanjo ist seit Jahren bei KALIBANI e.V. und zur Zeit auch bei Salam e.V. aktiv. Ein Interview der Kiezkommune

International

15 Italien in der Pandemie

Das Virus befeuert das Elend, die Armut und die bestehenden Verteilungskämpfe

Auftakt

Die Nachrichten über rassistische Gewalt, rechte und rassistische Strukturen in Polizei und Militär, und rechten Terror reißen nicht ab. Auch im Wedding müssen viel zu viele Menschen solche Erfahrungen machen. In dieser Ausgabe werfen wir einen kleinen Blick auf Gruppen und Initiativen, die sich (auch) im Wedding diesen Themen widmen.

Dazu gibt es wie immer viele Berichte über Initiativen und Nachbar*innen, Historisches, Kulturelles und Sportliches aus dem Stadtteil.

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig - genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

Kontakt

post@plumpe.online
Blog: plumpe.online

Rechter Terror: Welche Rolle spielt der Staat?

Die rechte Antwort auf die Krise sind rassistische Polizeigewalt und Terror

Plumpe Redaktion

Mehr als acht Monate sind seit dem rassistischen Anschlag in Hanau bei Frankfurt am Main bereits vergangen. Mehr als ein Jahr seit dem rechten Anschlag auf eine Synagoge in Halle und mehr als 16 Monate seit dem Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke durch einen Neo-Nazi in Kassel. Hier in Berlin kommt die seit über einem Jahrzehnt anhaltende Brandanschlags- und Mordserie in Neukölln hinzu. Der «Neukölln-Komplex» trat erst kürzlich wieder in das öffentliche Bewusstsein, da die Ermittlungsbehörden selbst in den Verdacht kamen, mit dem Neo-Nazi-Terror zu sympathisieren. Bedauerliche «Einzelfälle»? Es handelt sich um eine bereits länger anhaltende Kontinuität rechten Terrors in der Bundesrepublik. Sie verschärft sich gerade vor dem Hintergrund einer bestehenden Gesundheits- und Wirtschaftskrise.

Das gescheiterte Krisenmanagement der verschiedenen Bundesregierungen nach 1990 verschärft die Spaltung in reiche, gesundheitlich abgesicherte und arme, perspektivlose Teile der Gesellschaft immer weiter. In Zeiten der Coronakrise wird insbesondere die deutsche Mittelklasse, das Kleinunternehmertum, durch Lockdowns weiter unter Druck gesetzt, während die Beschäftigten unter schlechtem Hygieneschutz weiter schufteten müssen.

Faschistisches Krisenmanagement

Dabei zeigt sich bereits seit mehreren Jahren, dass es der etablierten Politik nicht mehr gelingt, dieses krisenhafte Wirtschaftssystem mitsamt seiner ungleichen Verteilung des Reichtums als alternativlos zu verkaufen. Eine Situation also, die augenscheinlich Möglichkeiten für eine breite gesellschaftliche Bewegung zur Erringung von sozialen und demokratischen Forderungen gegen diese Verhältnisse bietet. Umgekehrt ruft es aber auch diejenigen auf den Plan, die diesem Wandel entgegenstehen



wollen. Jene, die den Status quo erhalten oder gewaltsam ausbauen wollen - und das manchmal sogar offen aus faschistischer Gesinnung. Rechte Anschläge sind also lediglich besonders krasse und durch Medienberichterstattung sichtbare Erscheinungen. Denn der Staat schaut oftmals zu.

Nicht erst seit der Selbstenntarnung des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) 2011 muss von einer Verflechtung staatlicher Institutionen mit neofaschistischen Netzwerken ausgegangen werden. Beispielhaft hierfür wurde die belegte Verstrickung von organisierten Faschisten in der Bundeswehr mit rechten Politikern der AfD. Dieser Komplex, der als «Hannibal-Netzwerk» 2018 publik wurde, plante konkret den gewaltsamen Umsturz und die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur. Das und viele weitere aufgedeckte Komplexe der vergangenen Jahre zeigen: Teile der neofaschistischen Bewegung wittern Morgenluft und sehen in der krisenhaften gesellschaftlichen Situation die Möglichkeit,

in den Vorständen und Führungsetagen eine rassistische und nationalistische Agenda unter «bürgerlichem» Deckmantel durchzusetzen und strategisch wichtige Bereiche im Staatsapparat zu infiltrieren.

Keine «Partyszene»

Die Auswirkungen einer auch im Staat erstarkenden rechten Bewegung spüren viele bereits ausgegrenzte Teile der Bevölkerung seit Jahren. Zusätzlich zum finanziellen Überlebensdruck im Krisenalltag, zwischen löchrigen Durchhalteprogrammen und faulen Rettungspaketen, gelangen Fälle von rassistischer Polizeigewalt gegenüber vermeintlichen Migrant*innen, Rom*nja, Obdachlosen und Schwarzen Menschen immer breiter an die Öffentlichkeit. Der durchaus internationale Rassismus kann einerseits seit dem rassistischen Mord an George Floyd im Mai 2020 durch einen weißen Polizisten in den USA nicht mehr kleingeredet werden - was spätestens seit dem Tod von Oury Jalloh 2005 in Dessau hier

ebenfalls der Fall sein sollte. Andererseits ist die rassistische Gewalt durch staatliche Behörden in der aktuellen Situation noch viel offener, gezielter – ja exzesshaft. Durch soziale Netzwerke wurden in den letzten Monaten auch in Berlin, viele Fälle durch Augenzeugenberichte öffentlich gemacht. Die Wut einer strukturell diskriminierten und schikanierten Jugend, medial zuweilen als «Partyszene» verunglimpft, explodierte kürzlich in gewaltvollen Straßenprotes-

ten wie in Stuttgart und Frankfurt am Main im Sommer 2020.

Diese Proteste, aber auch die vielen antifaschistischen Gedenkinitiativen, sowie die Recherche und Aufklärungsarbeit über die Zusammenarbeit von staatlichen Behörden mit Neo-Nazi-Strukturen, sind Ausdruck des Widerstands gegenüber eines sich verschärfenden Rechtsrucks. Klar ist: Dagegen anzugehen hieße rebellierende Jugendliche, Arbeiter*innen, Erwerbslose,

Kleinselbstständige, Prekäre usw. für eine soziale und demokratische Lösung der Krise zu gewinnen. Wenn ihre Wut über Abstiegs- und Verarmungsängste, rassistische Gewalt, Polizeistress usw. sich nicht gegen die Verursacher*innen ihres Elends richtet, dann mündet dies im altbekannten Kampf «Alle gegen Alle» - und bereitet der faschistischen Bewegung einen idealen Nährboden.

☆



Vorsicht: Polizei!

Ein Beitrag der bundesweiten Kampagne «Death in Custody - Tod in Gewahrsam aufklären!»

Plumpe Redaktion

Todesfälle in Gewahrsam bleiben in Deutschland weiterhin unaufgeklärt. Trotz politischem Druck auf den Straßen werden Todesfälle systematisch vertuscht. Seit Jahren kämpfen in Deutschland verschiedene Gruppen für die lückenlose Aufklärung, wie im Fall von Oury Jalloh in Dessau oder im Fall von Hussam Fadl in Moabit. Letzterer wurde im Jahr 2016 von der Berliner Polizei von hinten erschossen. Trotz erdrückender Beweislage gibt es vier Jahre nach der Tat immer noch keine Aufklärung. Auch aktuelle Fälle wie der

Tod von Ferhat Mayouf, ebenfalls JVA Moabit, oder der Tod von Mohamed I. in Bremen werden nicht aufgeklärt und Behörden beharren auf widersprüchliche und nachgewiesene Falschaussagen der Polizei zu den Todesumständen.

Die Kampagne Death in Custody recherchiert und dokumentiert Todesfälle in Gewahrsamssituationen von Rassismus betroffenen Menschen, die sich in Deutschland ereignen. Für diese Menschen besteht ein besonders hohes Risiko, in staatlicher «Obhut» ums Leben zu kommen. Viele Todesfälle

entstehen aus Situationen, von denen von Rassismus betroffene Menschen deutlich häufiger betroffen sind – wie beispielsweise sogenannte «anlasslose Kontrollen» und Racial Profiling. Interaktionen mit der Polizei eskalieren häufiger, da Beamt*innen schneller Gewalt anwenden, Kontrollen führen oft zu willkürlichen Festnahmen. Dies führt zu einer Kriminalisierung nicht-weißer Personen.

Gewahrsam bezeichnet Situationen, in welchen Menschen ihre Freiheit entzogen wird: während einer Poli-

zeikontrolle, in der Zelle, im Lager, in einer Psychiatrie oder während einer Abschiebung. All diese Situationen, in denen sich Menschen in der «Obhut» des Staates befinden, enden für von Rassismus betroffene Personen immer wieder tödlich.

Die Kampagne rückt Todesfälle von 1990 bis heute ins Bewusstsein und zeigt strukturelle Rassismusprobleme bei den deutschen Behörden auf. Seit 1990 wurden bundesweit über 170 Todesfälle recherchiert (Stand: August 2020), bei einem Drittel handelt es sich um Polizeischüsse bzw. physische Gewaltanwendungen (zu Tode prügeln, ersticken, Brechmittelfolter). Der

andere große Teil sind Todesfälle in (Abschiebe-)Haft. Bei einem Großteil dieser Serie von Todesfällen wird als Todesursache «Suizid» angegeben.

Die Vielzahl der erfassten Fälle zeugt von einem institutionellen Rassismus deutscher Behörden. Täglich spiegelt sich das in dem besonderen Risiko für Schwarze Menschen, Rom*nja oder Muslim*a wieder, durch Maßnahmen des Racial Profiling in Polizeigewahrsam zu kommen und dort aufgrund von Polizeigewalt oder unterlassener Hilfeleistung zu sterben. Die Recherche zeigt, dass die Todesumstände nicht aufgeklärt werden, Täter*innen werden äußerst selten angeklagt und noch sel-

tener verurteilt, meistens werden die Ermittlungen eingestellt.

Die Kampagne besteht aus verschiedenen antirassistischen Gruppen und Initiativen und arbeitet daran durch Informationserhebung, solidarische Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Demonstrationen das Schweigen um den Rassismus in den Behörden aufzubrechen. ☆

<https://deathincustody.noblogs.org>

«Klima der Angst» - Trotz Pandemie schiebt Berlin wieder ab

Weddinger Vereine fordern sofortigen Abschiebestopp

Plumpe Redaktion

Salam und Yaar sind Teil eines Netzwerks von Trägern, die sich im Wedding für Geflüchtete engagieren. Die Kiezkommune sprach mit ihnen über die Aufhebung des Corona-bedingten Abschiebestopps.

Durch das Coronavirus kam der Reiseverkehr im Frühjahr weltweit zum Erliegen, Abschiebungen wurden für kurze Zeit ausgesetzt. Doch mit den im Sommer erfolgten Lockerungen begründet das Land Berlin auch die Wiederaufnahme von Abschiebungen zum 15. Juni. Pressemitteilungen des Berliner Flüchtlingsrats berichten von zwei Massenabschiebungen im Juli: unter den etwa 200 Betroffenen sind viele Rom*nja-Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderungen, wie auch eine krebskranke Frau, deren Chemotherapie noch nicht abgeschlossen war. Zusätzlich brisant dabei ist, dass das Zielland Moldawien vom Robert-Koch-Institut als Risikogebiet geführt wird.

Assietou kam in den 90er Jahren mit ihrem behinderten Sohn nach Deutschland. Sie berät seit Jahren Geflüchtete

in Asylfragen und war bis vor kurzem Praktikantin bei Salam. Der Verein im Weddinger Brunnenviertel wurde 2015 von Syrer*innen gegründet und ist heute eine stadtwweit bekannte Anlaufstelle für Migrant*innen verschiedener Herkünfte. Unter den von Assietou betreuten Menschen sind auch Rom*nja aus Serbien. Das Land gilt seit 2014 als sicherer Herkunftsstaat, der Anteil positiver Entscheidungen nach Art. 16 GG lag 2018 bei nur 1,5%. Der Zentralrat der Sinti und Roma kritisiert die Einschätzungen des Außenministeriums, das «eine staatliche Diskriminierung von Roma im Westlichen Balkan [bestreitet] und ignoriert». Auch bei den Ämtern gäbe es Vorurteile gegenüber Rom*nja, meint Assietou. Allgemein würden Polizeikontrollen in den Heimen zu unmöglichen Zeiten stattfinden, der Stress sei für Betroffene schwer auszuhalten: «Sie haben Angst. Sie können nicht schlafen.» Ohnehin sei der Druck groß, möglichst schnell finanziell unabhängig zu werden und eine eigene Wohnung zu finden. Einsamkeit, die Trennung von

Angehörigen und fehlende Kontakte würden häufig zu psychischer Belastung führen. Die Pandemie wirke hier «wie eine Kettenreaktion mit Domino».

Keine Chance auf faire Behandlung

«Was in den letzten Tagen passiert ist, ist sehr schade», sagt Ibrahim von Salam in Bezug auf die Massenabschiebungen nach Moldawien. Antragssteller*innen aus dem Irak, Afghanistan oder den als sicheren Herkunftsstaaten klassifizierten osteuropäischen Ländern hätten schlechte Chancen, einen Aufenthaltstitel gewährt zu bekommen. Berlin beteilige sich seit Juli koordiniert mit anderen Bundesländern wieder an Sammelabschiebungen. Andererseits verpflichtete Berlin sich zur Aufnahme von 142 Geflüchteten aus Griechenland, es gäbe die Bereitschaft, weitere Menschen aufzunehmen. «Ich hoffe das bleibt ausgeglichen. Diese Klassifizierung [als sicherer Herkunftsstaat] gefällt mir eigentlich nicht», meint Ibrahim, «Ich will dass alle Leute hier fair behan-

delt werden.» Auch das Aufkommen einer Diskussion über das Aussetzen des Abschiebestopps nach Syrien sei für ihn «ein großes Fragezeichen» gewesen: «Syrien ist weit weg von Stabilität.»

«Wir sind grundsätzlich gegen Abschiebungen», meint Sabine von Yaar, «weil Afghanistan kein sicheres Herkunftsland ist.» Der Verein, der sich für Afghan*innen engagiert, eröffnete 2016 ein Büro im Wedding, seit 2018 werden Räumlichkeiten im Sprengelhaus genutzt. Als 2016 die EU ein Abkommen schließt, um Abschiebungen nach Afghanistan wieder aufzunehmen, wird auch Yaar aktiv, um sich entschieden gegen diese Politik zu stellen. Als Teil des Berliner Bündnisses gegen Abschiebungen nach Afghanistan plant man jahrelang Demonstrationen, stellt Forderungen für eine gerechtere Asylpolitik.

Engagement gegen unmenschliche Politik

«Deutschland schiebt ab. Und dass das hier [in Berlin] seltener ist (...), das wird natürlich von uns auch vermittelt. Aber wie man an dem Fall jetzt im März sieht, es kommt vor.»

Wie die taz berichtet, ist bei der letzten Sammelabschiebung am 11. März auch ein Afghane aus Berlin dabei, der Nebenkläger im Prozess gegen einen Polizisten ist, der ihn 2017 außerhalb des Dienstes rassistisch beleidigte und zusammenschlug. In Folge des Angriffs verschlechterte sich sein psychischer Zustand. Dass es jemanden getroffen habe, der krank ist und von einer Anwältin vertreten worden war, erschütterte die Community sehr, sagt Sabine: «Es erzeugt ein Klima der Angst.»

Die Bundesrepublik hat seit 2017 keine Botschaft in Afghanistan, seitdem das Gebäude durch einen Anschlag massiv beschädigt wurde. Terroranschläge der Taliban und Bombardements des US-Militärs fordern jedes Jahr zivile Opfer in Rekordhöhe. Javid Faisal, Sprecher des afghanischen Nationalen Sicherheitsrats, sprach nach einem Anschlag der Taliban im Juni von der tödlichsten Woche seit Beginn des 19 Jahre andauernden Konflikts. Im Mai schaltete Yaar eine Pressekonferenz auf Youtube, nachdem durch einen Anschlag auf eine Geburtsklinik in Kabul zahlreiche Menschen getötet oder verletzt wurden: «Selbst für ein

vom Krieg und Terror geprüft Land wie Afghanistan ist dieser niederträchtige feige Angriff eine neue Dimension des Grauens. Ein Angriff auf Gebärende, auf Neugeborene, auf wehrlose Patientinnen ist zutiefst verdammenwert.» Unter den Forderungen des Vereins ist weiterhin die «sofortige Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan».

Neben dem politischen Engagement des Vereins werden auch Rechts- und Sozialberatungen, sowie ein wöchentlicher Community-Treff angeboten. Seit dem Lockdown sei der Bedarf sehr hoch gewesen, weil Behörden schwer erreichbar waren und Fragen zu Kurzarbeitergeld und der alltäglichen Lebensbewältigung aufkamen. Im März richtete Yaar über die eigene Website deshalb einen Blog auf Farsi ein, um alle wichtigen Informationen übersetzt in Umlauf zu bringen. In einem gemeinsamen Projekt mit Salam finden wöchentliche Schulungen zu Arbeitsmarktintegration statt. Yaar und Salam vermitteln darüber Geflüchteten ehrenamtliche Tätigkeiten, je nach eigenem Interesse: «Wir wollen nicht dieses Helfersyndrom fördern, es muss Teilhabe sein», sagt Sabine. Kontaktbarrieren könnten am besten gebrochen werden «wenn man eine gemeinsame Geschichte macht.» ☆

«Sie haben Angst.
Sie können nicht schlafen.»



Abschiebung eines afghanischen Geflüchteten auf dem Flughafen Leipzig-Halle

Salam Kultur- und Sportclub e.V.

Buttmannstr. 9A, 13357 Berlin

Beratungszeiten:

Mo – Fr 10 – 17 Uhr

<https://salamkulturclub.de>

Yaar e.V.

Sprengelstr. 15, 13353 Berlin

Beratung zur Zeit ausschließlich mit

Termin:

Mo 13 – 17 Uhr, Do 9 – 13 Uhr

<http://yaarberlin.de/terminbuchung>

Yalla, Migrantifa!

Organisierte migrantische Gegenwehr in Zeiten des Rechtsrucks.

Ein Plumpe-Interview mit Leila

Interview: Plumpe-Redaktion

Warum eigentlich Migrantifa?

Migrantifa hat sich unter anderem als Reaktion auf die Terrorattacke in Hanau gegründet. Die Notwendigkeit für antifaschistische migrantische Selbstorganisation war natürlich davor auch schon da, aber das Ereignis war nochmal ein Katalysator für das bundesweite Zusammenfinden. Eben auch, weil viele migrantische Linke Ausschluss in weiß/deutschen linken Strukturen erfahren haben und sich nicht angesprochen fühlen von einer Politik, die sich nicht an die Lebensumstände, Bedürfnisse und Kämpfe unserer Leute richtet. Gleichzeitig haben wir eine migrantische Linke, die oft nur eine Exilpolitik betreibt und durch die sich viele Leute, die hier aufgewachsen sind, nur teilweise identifizieren können und sich weniger im Zusammenhang der Exilstrukturen oder der Herkunftsländer ihrer Eltern sehen. Deswegen ist Organisation, die hier in Deutschland in unserem Alltag verankert ist, unerlässlich. Natürlich ist es notwendig unsere Kämpfe gemeinsam mit der weißen/deutschen Linken zu führen, aber die Grundlage dafür ist, auf Augenhöhe zu stehen und in seinen Kämpfen ernstgenommen zu werden.

Gibt es aktuelle oder historische Vorbilder für euch?

Sicher, wir sind nicht die ersten die die Notwendigkeit von einer radikalen migrantischen Selbstorganisation sehen. Gerade beschäftigen wir uns zum Beispiel viel mit Antifa Gençlik. Eine Kreuzberger Gruppierung der späten 1980er bis 90er Jahre, die sich aus der Notwendigkeit heraus gegründet hatte, die vielen Naziangriffe abzuwehren und dafür eine Organisation anzubieten. Wir müssen uns in einer Kontinuität zu diesen Kämpfen sehen. Auch die US-amerikanische Black Panther-Bewegung der 60er/70er Jahre ist für uns interessant und obwohl die Bedingungen in den USA andere sind als hier, können



Seit den jüngsten rechten Terroranschlägen fanden eine Vielzahl selbstbestimmter migrantischer Proteste, wie in Moabit am 18. Juli 2020, in Berlin statt

wir viel von ihnen lernen. Besonders in Bezug auf migrantische Menschen, die unsere Probleme durch Geld, Karrieren und von oben herab lösen wollen und den weißen/deutschen Linken, die uns unsere Art zu leben vorgeben wollen. Wir müssen etwas Eigenes schaffen, was auf die Bedürfnisse unserer Leute ausgerichtet ist und da spielen zwei Aspekte eine große Rolle: Community Arbeit und Selbstverteidigung.

Habt ihr bereits Ziele oder konkrete Forderungen formuliert?

Wir arbeiten gerade daran gemeinsame Forderungen aufzustellen. Wir diskutieren aktuelle Themen wie z.B. die Abschaffung der Polizei. Für viele ist klar, dass der Staat Migrant*innen nicht schützt und dass faschistische Strukturen den Staatsapparat infiltriert haben (siehe Neukölln-Komplex*). Es ist ja nicht nur der Staat, der uns nicht schützt, auch faschistische Gruppen greifen uns (gedeckt von Polizei und Verfassungsschutz) direkt an. Für uns ist klar, dass der Verfassungsschutz und die Polizei abgeschafft gehören. Gleichzeitig denken wir, dass in dem gegenwärtigen System, in dem wir leben, dem Kapitalismus,

einfach nur die Polizei abzuschaffen die Probleme nicht lösen wird. Wir streben daher eine ganzheitliche Umwälzung der Gesellschaft an, die den Kapitalismus, die Ausbeutungs- und Eigentumsverhältnisse überkommt.

Was macht ihr aktuell?

Bis jetzt haben wir viele Aktionen organisiert, beginnend mit dem 8. Mai 2020 (Tag des Zorns). Seitdem gab es Kundgebungen u.a. zu Antifaschismus, Pressefreiheit und Polizeigewalt. Wir unterstützen ebenfalls aktiv das widerständige Gedenken an den Anschlag und die Opfer von Hanau. Gleichzeitig ist uns natürlich auch klar, dass purer Aktionismus nicht reicht und dass wir mehr Arbeit für und mit den Communities machen müssen. Deshalb arbeiten wir gerade an einem langfristigen Projekt in Neukölln. Generell suchen wir in Zukunft noch stärker die Vernetzung, um nicht nur Kämpfe gegen Rassismus und Faschismus zu führen sondern diese Kämpfe zu verbinden, denn die Zeiten die auf uns zukommen, werden sicher keine leichten sein. ☆

«Wir hatten zwar nur Stube und Küche, aber eine Innentoilette!»

Eine Stadtführung durch den Wedding berichtete vom Alltag und Widerstand proletarischer Frauen in den 20er und 30er Jahren

Plumpe Redaktion

Am 22.08. fand die DenkMalTour «Proletarische Frauen im Wedding» statt, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke e.V. und den NaturFreunden Berlin veranstaltet wurde.

Die Stadtforscherin Dr. Christine Scherzinger beginnt an der Ecke Kameruner Str./Lüderitzstr., von den Lebensbedingungen der Arbeiter*innen im «Roten Wedding» zu erzählen. In den Häusern mit drei bis sechs Hinterhöfen wohnen hauptsächlich Arbeiterfamilien mit vielen Kindern. Ein Bericht der Zeitzeugin Ursula Pawelke (geb. 1922) hebt die Besonderheit der Innentoilette hervor, die sie als Tochter eines Schlossers gemeinsam mit der Familie nutzt. In den 20er Jahren immer noch verbreitet waren Toiletten, die sich hunderte Mieter*innen eines Hauses teilen.

Antifaschistischer Widerstand

Die meisten Frauen der Weimarer Republik arbeiten, um Unterhalt und Wohnung ihrer Familien finanzieren zu können. Im Gegensatz zu bürgerlichen Frauen steht für sie die soziale Frage im Vordergrund. Viele von ihnen schließen sich später der Widerstandsbewegung gegen die NS-Diktatur an. Der «Rote Wedding» ist einer der letzten Bezirke, der an die NSDAP fällt. Scherzinger weist darauf hin, dass die Straßenschilder der nach Adolf Lüderitz benannten Straße von Aktivist*innen mit Farbe besprüht worden sind.¹

In der Togostr. 78 findet sich ein Stolperstein für die ermordete Widerstandskämpferin Ella Trebe (1902-1943). Sie arbeitete auf dem AEG-Gelände in Gesundbrunnen, war gewerkschaftlich aktiv und vertrat die KPD von 1929 bis 1933 in der BVV. Nach der Machtübernahme Hitlers organisierte sie in mehreren Netzwerken den Informationsaustausch zwischen der KPD im Untergrund, der Sowjetuni-



Plakat zum Internationalen Frauentag 1932
Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin

on und anderen Widerstandsgruppen. Durch einen von ihr versteckten Fallschirmspringer wurde sie enttarnt und anschließend im KZ Sachsenhausen hingerichtet.

Louise Schroeder (1887-1957) wurde 1919 als eine der ersten Frauen Reichstagsabgeordnete der SPD. Nach ihr ist eine Sporthalle in Wedding benannt. Die Geschichte proletarischer Frauen ist im Stadtbild heutzutage jedoch kaum sichtbar.

Clara Zetkin in der Müllerstraße

Ein wichtiger Versammlungsort für SPD und KPD waren die ehemaligen Pharusäle an der Müllerstraße, wo sich heute ein Neubau der AOK befindet. Dort hielt auch die Reichstagsabgeordnete der KPD Clara Zetkin (1857-1933) Reden. Sie setzte sich für eine Frauenbewegung ein, die mit den patriarchalen, bürgerlichen

Verhältnissen brechen sollte. In den Pharusälen fand 1927 außerdem die durch eine Rede Goebbels provozierte Saalschlacht von SA-Männern und Kommunist*innen statt. Kurz nach dem berüchtigten «Blutmai» 1929 wurde hier der KPD-Parteitag abgehalten, auf dem die «Sozialfaschismusthese» beschlossen wurde, die die Feindschaft zwischen SPD und KPD theoretisch untermauerte. Die KPD hatte zum 1. Mai trotz Verbot des SPD-geführten Polizeipräsidiums zu Demonstrationen aufgerufen. Im Wedding fanden Barrikadenkämpfe statt. Die Polizei schoss mit Maschinengewehren wahllos in die Menschenmenge. Unter den Opfern ist auch die 16-jährige Arbeiterin Klara Kowaleski, die mit einem Schuss in den Rücken in der Gerichtstraße getötet wurde.

Die Tour endet nicht unweit des Leopoldplatzes, wo die führende Montessori-Pädagogin Clara Grunwald (1877-1943) 1924 ein Volkskinderhaus eröffnete. Nachdem ihr als Jüdin 1933 die Lehrerlaubnis entzogen wurde, verließ sie Deutschland nicht, sondern half anderen bei der Ausreise. Später erhielt sie die Genehmigung, in einem sogenannten «Umschulungslager» für jüdische Kinder zu arbeiten. Als die Kinder des Lagers nach Auschwitz deportiert werden sollten, bestand sie darauf, sie zu begleiten. Dort wurde die Gruppe im April 1943 ermordet. Am Clara-Grunwald-Haus in der Ruheplatzstr. 13 befindet sich eine Gedenktafel. ☆

¹Lüderitz war der erste deutsche Kaufmann, der Land im heutigen Namibia für sich beanspruchte und ist damit einer der für den deutschen Kolonialismus maßgeblichen Akteure. 2018 beschloss die BVV die Änderung der nach Lüderitz und anderen Kolonialherren benannten Straßennamen. Jedoch ist eine Umbenennung bisher nicht erfolgt.

Proteste zum Vorkaufsrecht im Wedding: Viel gekämpft, etwas gewonnen

Ein Beitrag der Stadtteilorganisation «Hände weg vom Wedding!»

Von: Hände weg vom Wedding

In diesem Sommer ging die Skjerven Group GmbH im Berliner Norden auf Einkaufstour. Das Unternehmen ist vor allem auf die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen spezialisiert und besitzt bundesweit mehrere tausend Wohnungen. Insgesamt 13 Gebäude landeten dieses Mal im Einkaufskorb, alle liegen in Milieuschutzgebieten.

Als die Bewohner*innen der von Skjerven gekauften Häuser von dem Kauf erfahren, organisieren sie sich und versuchen, den Bezirk zur Ausübung des Vorkaufsrechts zu bewegen. Es folgen mehrere Kundgebungen, ein offener Brief an die Berliner Politik und eine ganze Menge Öffentlichkeit.

Die Rolle der Bezirke

Bei der Durchführung des Vorkaufsrechts sind die jeweiligen Bezirke in Berlin verantwortlich. Das Bezirksamt Mitte tut sich bei Vorkaufsfällen regelmäßig vor allem durch schlechte Kommunikation mit den betroffenen Mieter*innen hervor. Das geschah auch im beschriebenen Fall mit Skjerven: nachdem die Mieter*innen über den geplanten Verkauf ihres Hauses benachrichtigt wurden, leitete das Bezirksamt keine weiteren Infos an die Betroffenen weiter.

Kämpfen lohnt sich trotzdem: Drei Häuser haben Glück

Die Waldenser Straße 9 geht per Vorkaufsrecht an die degewo, die Oldenburger 3 an die Genossenschaft EVM und die Luxemburger Str. 31 an die WBM. Immerhin wurde also bei drei der 13 Skjerven-Häuser das Vorkaufsrecht angewandt. Die anderen zehn Häuser gehen wie geplant an Skjerven. Denn das Vorkaufsrecht wird nur dort angewandt, wo sich eine städtischen Wohnungsgesellschaft als Käuferin für das Haus findet. Die Rentabilität des Hauses

spielt dabei eine große Rolle. Der Schutz der Mieter*innen ist hier also nicht das wichtigste Kriterium.

Wie sehen die Alternativen aus?

Alternativen zum Vorkaufsrecht müssten langfristig vor Verdrängung schützen und für die meisten Wohnhäuser in Berlin anwendbar sein.

Hier stellt momentan vor allem die Vergesellschaftung großer Immobilienfirmen eine ernstzunehmende Möglichkeit dar, wie sie momentan vom Bündnis "Deutsche Wohnen und Co enteignen" gefordert wird. Viele Fehler des Vorkaufsrechts wären hier behoben: Die Vergesellschaftung eines signifikanten Anteils der Wohnhäuser in Berlin würde den darin lebenden Menschen die Angst vor Verdrängung nehmen. Da die enteigneten Häuser dauerhaft in die öffentliche Hand überführt würden, wäre auch der Effekt dieses Instruments von großer Dauer. Vergesellschaftung ist momentan das effektivste Mittel, um den Mietenwahnsinn zu bekämpfen. Wer also ein echtes Vorkaufsrecht will, muss dieses konsequenterweise über Enteignung regeln! ☆

Was ist das Vorkaufsrecht?

Die Ausübung des Vorkaufsrechts wurde im Herbst 2017 durch den Berliner rot-rot-grünen Senat beschlossen und soll Alteingesessene vor Verdrängung schützen. Es gilt jedoch nur in sog. Milieuschutzgebieten und nur für den Verkauf kompletter Häuser. In den meisten Fällen (z.B. beim Verkauf einzelner Wohnungen oder den Verkäufen von Immobiliengesellschaften) greift das Vorkaufsrecht nicht und kann leicht umgangen werden. In den letzten Jahren führte nicht einmal jede zehnte Überprüfung des Vorkaufsrechts auch zu einem Erwerb des Hauses.

www.unverwertbar.org

«Wer also ein echtes Vorkaufsrecht will, muss dieses konsequenterweise über Enteignung regeln!»

Die Kämpfe gegen Rassismus und Sexismus verbinden

Ein Interview der Frauenkommune Wedding mit dem International Women* Space

Von: Frauenkommune Wedding

Der International Women Space ist eine Gruppe migrantischer und geflüchteter Frauen* sowie Frauen* ohne diese Erfahrung. Sie wurde im Dezember 2012 während der Besetzung der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule von Geflüchteten gegründet. Sie schufen dort einen Raum für Frauen*, welcher bis 2014 offen blieb. Ihre Arbeit bestand darin, eine Frauen*front innerhalb der Geflüchtetenbewegung zu gründen, um Kämpfe gegen Rassismus und Sexismus zu verbinden. Nach der Räumung der Schule arbeitete die Gruppe weiter.*

Was ist die Motivation für eure Arbeit?

Wir sind Frauen*. Das verbindet uns. Da wir die Ungerechtigkeiten, die wir erleben, nicht akzeptieren wollen, arbeiten wir zusammen, verteidigen uns und schaffen Kollektive. Es ist uns wichtig, jede Frau wachsen und lernen zu sehen und verschiedenen Frauen* zuzuhören. Jede hat eine Geschichte. Das ist die Basis unserer Arbeit.

Wie hat sich der IW*S entwickelt?

Die Gruppe hat sich aus einer Bewegung von geflüchteten Männern und Frauen* gegründet. Uns Frauen* brachte der Wunsch zusammen, den Sexismus zu bekämpfen, der die ganze Bewegung durchzog. Wir mussten uns zwischen den Themen entscheiden, die wir als ganze Bewegung bekämpften, wie zum Beispiel die «Residenzpflicht» (räumliche Aufenthaltsbeschränkung) und den spezifischen Themen der Frauen*.

Wir schrieben unter anderem Bücher, um die Geschichten der Frauen* sichtbar zu machen.

Zu Beginn der Corona-Pandemie mussten wir unseren Ort schließen. Dies war sehr kritisch, weil die Frauen* normalerweise oft vorbeikommen. Wir mussten schnell Ideen finden, um den Kontakt zu den Frauen* aufrechtzuhalten. Da wir bereits ein Netzwerk in den Geflüchtetenunterkünften haben,

konnten wir die Frauen* bitten, ihre Erfahrungen aufzunehmen, um die Berichte online zu stellen.

[Auszug, ins Deutsche übersetzt]

«Die Polizei schikaniert Menschen an dem Tag, an dem ihr Aufenthalt erneuert werden soll. Sie behaupten, dass die Menschen etwas zurückzahlen müssten und Geldstrafen hätten. Sie nehmen sie mit. Die Sozialarbeiter*innen geben ihnen kein Geld und verweigern, den Aufenthalt zu erneuern. Diese Belästigung geht schon so lange, dass die Menschen Angst haben.»

Wie hat der »Lockdown« die Situation in den Geflüchtetenunterkünften beeinflusst?

Die Menschen in den Geflüchtetenunterkünften waren die letzten, die Informationen über die Corona-Pandemie bekommen haben. Die Menschen wurden getestet, ohne das Ergebnis zu bekommen. Ganze Lager wurden unter Quarantäne gesetzt, ohne die Bewohner*innen ausreichend zu informieren. Als sie in Quarantäne waren, durften die Menschen nicht in den Su-

permarkt gehen und sie mussten sich selbst Essen organisieren.

Die Gewalt gegen Frauen* nahm ebenfalls zu. Das Problem wird jedoch von den Frauen* nicht angesprochen, da sie Angst haben, dass dies den Asylprozess beeinflusst.

Zudem nimmt die Gewalt der Polizei in den Geflüchtetenunterkünften zu. Zu Beginn der Pandemie wurden Abschiebungen gestoppt. Aktuell schieben sie aber mehr ab als vor der Pandemie. Die Menschen, die unsichtbar gemacht werden, sind diejenigen, die am meisten leiden. Weiße Menschen, die reisen, bringen das Virus mit – aber wem wird am Ende die Schuld zugewiesen?

Was wünscht ihr euch von anderen Frauen*?

Solidarität. Miteinander zu reden. ☆

Mehr unter Report

#33 10.08.2020

<https://iwspace.de/corona-lager-reports/>



Weisse Taube, rotes Herz

Die evangelikale «Universalkirche» mit Sitz am Leopoldplatz unterstützt die rechtsextreme Bolsonaro-Regierung in Brasilien

Von: Ein Gastbeitrag des Bündnisses «Rotes Herz Wedding»

Eine fliegende weiße Taube in einem roten Herzen – das ist das Symbol der «Universalkirche des Königreich Gottes». Manche Passant*innen haben es vielleicht schon auf dem Leopoldplatz gesehen. Hier betreibt die «Universalkirche» seit einigen Jahren ein sogenanntes «Hilfszentrum» in der Neuen Nazarethkirche.

«Universalkirche des Königreich Gottes»

Die «Universalkirche des Königreich Gottes» (Igreja Universal do Reino de Deus, IUDR) ist eine ursprünglich aus Brasilien stammende, weltweit aktive evangelikale Sekte.

Theologisch vertritt sie, wie andere evangelikale Sekten auch, eine dogmatische Auslegung der Bibel, geprägt etwa durch Homophobie und antifeministische Positionen. Gerade erst gab es den Fall eines zehnjährigen brasilianischen Mädchens, das nach jahrelangem Missbrauch schwanger wurde. Evangelikale setzten die Betroffene, ihre Familie und verschiedene medizinische Einrichtungen massiv unter Druck, um eine Abtreibung unmöglich zu machen. Nur in einer über 1000 km entfernten Klinik konnte diese dann mit Unterstützung von feministischen Gruppen durchgeführt werden. Ein Frauenforum aus Pernambuco versammelte sich mit 50 Frauen vor der Klinik: «Das Leben dieses vergewaltigten Mädchens ist für die gesamte Gesellschaft von Bedeutung. Legale Abtreibung ist ein Recht.(...) Wir werden das Leben eines 10-jährigen Mädchens nicht aufgeben. Zwangsschwangerschaft ist Folter. Eine Schwangerschaft mit zehn Jahren ist der Tod.»¹

Die IUDR verlangt von ihren Mitgliedern mindestens 10 Prozent ihres Besitzes an die Leitung der Sekte zu spenden. Mittlerweile ist die IUDR ein international agierender Konzern, der besonders im Kommunikationsbereich,

sowie im Immobilien- und Tourismussektor aktiv ist. Ihr Gründer Edir Macedo ist mehrfacher Milliardär und gilt als einer der reichsten und mächtigsten Männer Brasiliens. Die IUDR ist eng mit verschiedenen Bereichen organisierter Kriminalität verbunden. Heute ist die Universalkirche, laut eigener Aussage, mit über 8 Millionen Mitgliedern in 170 Ländern vertreten.

Brasilien: Hauptverbündete der rechtsextremen Bolsonaro-Regierung

Nachdem die linke Präsidentin Brasiliens Dilma Rousseff unter fadenscheinigen Vorwänden durch reaktionäre parlamentarische Kreise aus ihrem Amt geputscht und später der langjährige linke Präsident Lula da Silva in den Knast gesteckt wurde, gelangte der rechtsextreme Militär Jair Bolsonaro Anfang 2019 an die Macht. Die «Universalkirche» ist einer der Hauptverbündeten der ultrarechten Bolsonaro-Regierung.

Bolsonaro ist ein erklärter Bewunderer der mörderischen brasilianischen Militärdiktatur und setzt auf eine Mischung aus Repression und Neoliberalismus. Unter ihm gibt es neue Freiheiten für internationale Konzerne, etwa bei der Abholzung der Urwälder am Amazonas. Gleichzeitig hat die Gewalt gegen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Indigene, schwarze Menschen, Frauen und LGBTQ+-Personen massiv zugenommen.

Die «Universalkirche» ist einer der Hauptverbündeten der ultrarechten Bolsonaro-Regierung.



Der Rechtsextremist Bolsonaro und die großen evangelikalen Sekten in Brasilien verstehen sich ausgezeichnet. Evangelikale waren ein entscheidender Faktor dabei, Bolsonaro 2019 den Wahlsieg zu ermöglichen. Eine besondere Rolle spielt hier die Universalkirche, der u.a. die zweitgrößte Medien- und Fernsehkette Brasiliens gehört.

Gemeinsam wettern Evangelikale und Bolsonaro gegen Maskenpflicht und andere Corona-Maßnahmen. Brasilien ist auch deswegen von der Pandemie extrem betroffen.

Was tun?

Wir, Rotes Herz Wedding, sind ein offenes Bündnis verschiedener Initiativen und Einzelpersonen, die dagegen aktiv werden wollen, dass mit der «Universalkirche» eines der wichtigsten Instrumente zum Machterhalt Bolsonaros mitten im Wedding einen repräsentativen Sitz hat. ☆

Mehr Informationen

<https://rotesherzwedding.noblogs.org>

¹<https://noticias.uol.com.br/colunas/chico-alves/2020/08/16/grupo-vai-a-hospital-para-defender-aborto-legal-de-menina-de-10-anos.htm>

Mehr als 1000 Beschäftigte bei Galeria-Kaufhof und Karstadt in Berlin sind in Folge der Geschäftemacherei durch die Signa Holding, ihres Zeichens umtriebiger auf dem Immobilienmarkt, in der aktuellen Krise von Entlassung bedroht. Auch am Leopoldplatz sollte das Karstadt Warenhaus schließen. Der Berliner Senat will nun in einem Deal mit dem Multimilliardär René Benko durch eine Zahlung von 45 Millionen Euro die bedrohten abgewirtschafteten Filialen erhalten. Vornehmlich ginge es darum, den «Handelsstandort Berlin» nicht weiter zu schwächen. Laut einem Beitrag des rbb plädiert Ramona Pop (Grüne) zusätzlich dafür, die Kaufhäuser moderner und attraktiver zu gestalten. Es müsse mit lokalen Akteuren zusammengearbeitet werden, um mehr «Erlebnis- ↓

legschaft ohnehin zerrüttet ist und die meisten Leute die Nase voll haben, dann würde eine Übernahme keinen Sinn machen. Andersherum gibt es für das Wirtschaften keine wichtigere Ressource als eingespieltes, motiviertes Personal.

Welche Voraussetzungen braucht es dafür und gibt es aktuelle Beispiele?

Ich wohne in Köln und in vielen Orten wie in Brühl bei Köln war der Kaufhof eine zentrale Institution mitten in der Stadt. Wenn sie wegfällt und der riesige Ort verödet, wird das die ganze Innenstadt runter ziehen. Die Vereinsamung und Ent-Sozialisierung nimmt weiter zu. Deshalb müsste auch die Kommune ein Interesse am Erhalt eines lebendigen Kaufhauses haben und sich möglicherweise beteiligen. Was viele gar nicht ↓

Karstadt-Pleite: Betriebe übernehmen statt schließen!

Ein Interview mit aktion ./ . arbeitsunrecht zur Möglichkeit von Betriebsübernahmen durch Belegschaften

Interview: Plumpe Redaktion

Charakter» zu schaffen. Doch welche Alternativen bieten sich jenseits von Marktlogik und Verwertungsdruck für die Beschäftigten, wenn mitten in der Wirtschaftskrise Arbeitsplätze durch die Geschäftsleitung rationalisiert oder Kurzarbeit verordnet werden? Ein Interview mit Elmar Wigand, Pressesprecher der der Aktion gegen Arbeitsunrecht e.V.. Diese organisierte am 20./21. Juni 2020 eine juristisch-politische Fachkonferenz zum Thema: «Worker's Buy-Out: Betriebe übernehmen statt schließen!».

Warum sollte die Belegschaft auf die Idee kommen, den eigenen Betrieb auch selbst zu führen?

Zunächst einmal ganz simpel, um individuell der Arbeitslosigkeit zu entgehen und kollektiv, um eine intakte, funktionierende Belegschaft zusammen zu halten. Die ist das A und O für solche Pläne. Wenn die Stimmung in der Be-

wissen: Die Kaufhäuser waren seit den 1970ern die einzige nennenswerte gewerkschaftliche Bastion im Einzelhandel. Jetzt ist die Lage schwierig. Karstadt / Quelle wurde ja durch den kriminellen ehemaligen Starmanager Thomas Middelhoff systematisch stranguliert. Er hat die Immobilien an einen Fonds verschertelt, so dass Karstadt sie zu überhöhten Preisen zurückmieten musste. Bei Galeria Kaufhof könnte es ähnlich sein. Hier müsste Berlin mit Vorkaufrecht oder gar Enteignung die Grundlage schaffen, damit eine Genossenschaft oder ein Nachbarschaftsverein den Laden übernehmen kann. Ich glaube, dass es ein ganz tiefes Bedürfnis nach einer echten Alternative gibt.

Auf eurer Konferenz ging es um Genossenschaftsmodelle, ist das eine Form in der Arbeiter*innen im Kapitalismus den Betrieb



sozialer und gerechter organisieren können?

Es ist sicher kein Selbstläufer. Edeka, mit über 380.000 Beschäftigten der größte private Arbeitgeber Deutschlands, und Rewe sind formell auch Genossenschaften. Oder die Sparda-Banken. Aber unter der Karosserie sind sie turbo-kapitalistische Maschinen, denken wir etwa an systematische Betriebsratsbekämpfung bei Edeka und der Sparda-Bank, denken wir an systematisches Lohndumping bei Netto, das zu Edeka gehört. Die Lage der Verkäufer*innen dort ist einfach traurig.

Demokratie muss lebendig gehalten werden und sie bedeutet Auseinandersetzung, Wettstreit der Ideen, Beteiligung. Dazu gehört auch: Transparenz, Checks and Balances. Die Form der Genossenschaft oder des Vereins bietet zumindest die Möglichkeit.

Was sollten Kolleg*innen und aktive Belegschaften tun, wenn sie Interesse an einem «Buy-out» haben?

Belegschaften können sich gern mit der aktion ./ . arbeitsunrecht in Verbindung setzen. Wir haben durch unsere Konferenz Kontakte und Expertise zum Thema Betriebsübernahme durch die Belegschaft aufgebaut, die wir gerne teilen. Leider ist Deutschland, was Betriebsübernahmen und Arbeiterkontrolle angeht, ein Entwicklungsland, wenn wir die rechtliche Lage hier etwa mit Italien vergleichen. Dort gibt es mit dem Marcora-Gesetz seit 1985 das verbrieft Vorkaufsrecht von Belegschaften für ihre Betriebe, wenn der Chef in den Sack haut oder pleite geht. Oder im Knast landet. Oder untertaucht (lacht). Wir bräuchten, um den notwendigen politischen Druck zu erzeugen, mal Leute, die vortreten. Vielleicht auch mal den Betrieb besetzen. Was hätte man mit den Corona-Rettungsmilliarden alles machen können! Am Ende bekommt z.B. die Lufthansa 9 Milliarden - dafür hätte der Staat die Airline komplett kaufen können! ☆

Kontakt:

kontakt@arbeitsunrecht.de, Tel. 0221 999 690-02



Querfront made in Wedding - die «Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand»

Coronaleugner*innen organisieren sich in einem Büro in der Plantagenstraße

Von: Plumpe Redaktion

Die sogenannten «Coronaleugner*innen» also. Anfangs belächelt, nun seit Wochen in aller Munde: Rasant entwickelt sich eine diffuse Mischbewegung aus vorgestrigen Reichsbürger*innen, verschwörungsgläubigen Antisemit*innen, Esoteriker*innen oder Hippies, aus AfD- und Trump-Fans sowie allem was die neue und alte Rechte an Marschpersonal aus den Fußballstadien oder sächsischen Kleinstädten aufbieten kann.

Und ja, zwischen die Tausenden, die sich nun fast wöchentlich ohne Maske und Moral in deutschen Innenstädten versammeln, geriet anfangs sicherlich auch mal jemand, die*der ernsthaft um Job oder Besuchsrecht bei den alten Eltern fürchtete. Wer nach den Entwicklungen der letzten Wochen aber weiterhin diese Aufmärsche besucht, gibt jenen rechten Akteur*innen Auftrieb, die dabei sind, die größte rechte Mobilisierung des letzten Jahrzehnts zu erschaffen.

Früh angefangen wurde auch in Berlin: Bereits Anfang März, als den meisten von uns das Ausmaß der Covid-19-Pandemie noch gar nicht bewusst geworden

war, organisierte die o.g. «Kommunikationsstelle» - kurz: KDW - die ersten sog. «Hygienedemos» auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Auch hier tummelten sich schon früh AfD- und NPD-Politiker und Schläger, unbehelligt von der Leitung um Anselm Lenz, vormals u.a. taz-Autor, und Hendrik Sodenkamp, ehemals mitwirkend bei der Volksbühne. Die Biographien der beiden waren den bürgerlichen Medien schon früh gerne dienlich, um den Protesten immer auch einen linken Anstrich andichten zu können.

Das Quasi-Parteiorgan der KDW, die in der Weddingener Plantagenstraße zusammengeschusterte und zunehmend schrille Zeitung (laut eigenen Angaben bis zu 500 000 Stück Auflage!), setzt regelmäßig Maßnahmen gegen die Verbreitung von Corona mit der Naziherrschaft gleich, faselt in neurechter Tradition von "Merkeldiktatur" und inszeniert sich mit Vorliebe als das letzte Bollwerk des Liberalismus gegen die Abschaffung des deutschen Grundgesetzes. Über den handfesten Rechtsruck der Bewegung, die sie mitschufen, wird kein Wort verloren; der Schulterchluss mit allerlei

«alternativen» Medien - vornehmlich rechte oder spinnerte Youtuber - ist alles andere als eine Abgrenzung. Nichts über die besagten Kameraden, nichts über die*den geifernde*n Kleinbürger*in aus der Pegida-Ecke, nichts über Verschwörungstheoretiker*innen, die Corona für einen gewieften Schachzug von Bill Gates (oder wem auch immer) halten. Im Gegenteil, es werden Mythen über die bezahlte Antifa verbreitet, Teilnehmer*innenzahlen hochgelogen bis sich die Balken biegen, Verschwörungsmysmen aktiv befeuert.

Dabei wirkt es so unnötig, sich so hanebüchene Thesen auszudenken: Ja, wir alle leben in Umständen in denen wir geknechtet, erniedrigt, verächtlich sind - aber es sind nicht die zwei, drei einzelnen Menschen, die nun auf Plakaten bei den Coronademos hochgehalten werden, die uns unterjochen. Nein, auch wenn Bill Gates weg ist, ändert sich nichts: Es sind die kapitalistischen Verhältnisse, unter denen wir alle in Konkurrenz zueinander gezwungen werden, Verhältnisse, die gleichsam Armut wie Reichtum produzieren, Verhältnisse, in welchen die Konzentration des Kapitals zugunsten Weniger fortschreitet, ob sie Bill Gates, Jeff Bezos, oder Samwer¹ heißen. Die Führungsmannschaften aber auszuwechseln ist keine Lösung: abschaffen müssen wir die ökonomischen Bedingungen, die es überhaupt ermöglichen, dass sich Führungsmannschaften herausbilden. Deshalb ist das, was wir auf den Straßen sehen Eskapismus: die wirkliche Krise lautet Kapitalismus.

Wer sich hierzulande lauthals über den «faschistischen» Mundschutz und Reisewarnungen auslässt oder den ewig falschen Vergleich mit einer leichten Grippe bringt, spuckt den abertausenden Coronatoten der ärmeren Länder dieser Welt ins Gesicht. Die Folgen kaputtgesparter Gesundheitssysteme (bedingt durch die auch von Deutschland verordnete EU-Austeritätspolitik) und eines global auseinanderklaffenden Reichtumsgefälles zeigen sich dort gerade ganz hart und ungeschminkt.

Und: Wer sehenden Auges bei den Nazis mitmarschiert... ist letztlich auch ein Nazi. ☆

¹Die Internetmilliardäre, welche sich mal eben die Weddingener Uferhallen gegönnt haben und dort mit Glaspalast-Plänen ankommen.

Nachbar*innen feiern miteinander – und das KALIBANI-Kinderorchester tritt auf

Hanjo ist seit Jahren bei KALIBANI e.V. und zur Zeit auch bei Salam e.V. aktiv. Ein Interview der Kiezkommune.

Interview: Emma von Kiezkommune

Momentan probt das Kinderorchester in unserem Laden hier in der Buttmannstraße. Was für ein Projekt steckt dahinter?

Als Projekt ist es ein interkulturelles Kinder- und Jugendorchester. Unser Prinzip ist, dass die Kinder die Macher sind, bei allen Aktivitäten. Alles, was das Künstlerische angeht, geht von ihnen aus. Die meisten Kinder bei uns erfinden selber Melodien, zum Teil ganz spontan. Von uns bekommen sie technische Hinweise zur Instrumentenbedienung. Sie können selber wählen, welches Instrument sie spielen wollen. Sobald sie das wünschen, bekommen sie Einzelunterricht. Weil wir dafür Sponsoren haben, können wir den Unterricht umsonst geben.

Seit wann arbeitet ihr gemeinsam mit den Kindern hier in der Straße?

Seit 2017 bieten wir regelmäßige Workshops für Kinder und Jugendliche an. Das wurde im Wesentlichen von Kindern aus der Straße genutzt, am meisten von Roma-Kindern. Die soziale und ethnische Mischung ist hier sehr divers.

2019 haben wir angefangen, einzelne Orchestergruppen einzurichten. Da hatten wir sehr viel Zulauf, sodass wir im Oktober in der Bibliothek am Luisenbad ein Konzert mit über 40 Kindern machen konnten. Ich denke, dass wir auf dem Straßenfest von Salam e.V. auch auftreten, bei dem KALIBANI e.V. einer der Kooperationspartner ist.

Was ist für das Straßenfest geplant?

Es ist eine Fortsetzung des Straßenfests von 2018 von Salam e.V., im Rahmen des Projekts «Bunte Nachbarschaft im Buttmann-Kiez», gefördert vom Bezirksamt Mitte. Damals war der Schwerpunkt die Integration zwischen Neuangekommene und den hier schon länger wohnenden Migranten und deutschen Nachbarn. Diesmal sind es darüber hinaus auch die sozialen Probleme der hier Angekommenen. Das Kinderorchester und viele andere Gruppen werden auftreten – vorbehaltlich der Genehmigung. Letztendlich entscheidet das Straßen- und Grünflächenamt. Vielleicht verschieben wir es wieder?

Warum müsst ihr das Straßenfest denn verschieben?

Wir haben aufgrund unserer Erfahrungen den Eindruck, dass freie Träger auf größere Schwierigkeiten stoßen. Anderen Initiativen im Wedding ist es ähnlich gegangen. Vom KiezKosmos, vom Panke Parcours sind Anträge abgelehnt worden. Das Lampedusa-Fest von KALIBANI e.V. [in Gedenken an die Ertrunkenen] mussten wir 2016 absagen, weil wir zwei Tage vor dem Termin keine Genehmigung hatten und die Behörde nicht erreichbar war. Damals sind wir bis zum Bürgermeister gegangen, haben uns beschwert und unsere gesamte Korrespondenz vorgelegt. ☆

Zum Redaktionsschluss meint Hanjo, dass das Straßenfest am 10.10. stattfinden soll. Auf den nötigen Abstand und die Hygieneregeln wird geachtet. Als Kiezkommune werden wir uns an dem Programm beteiligen, die Einladung zu unser parallel stattfindenden Ladeneröffnung findet ihr auf unserem Blog <https://kiezkommune.noblogs.org>



Italien in der Pandemie

Das Virus befeuert das Elend, die Armut und die bestehenden Verteilungskämpfe

Von: Maurizio Coppola, aktiv
in Neapel bei Potere al Popolo

Als im Februar-März 2020 die sogenannte Corona-Krise ausbrach, konnte sich niemand vorstellen, welches Ausmaß sie annehmen und dass sie die gesellschaftlichen Verhältnisse auf diese Weise verändern würde. Trotzdem sind die starken Umwälzungen – gerade auch in Italien – nicht überraschend. Denn es handelt sich schließlich um eine Weiterführung der Wirtschaftskrise von 2008/09-2012, von der sich die südeuropäische Halbinsel bis vor der Pandemie noch nicht wirklich erholt hatte.

Das Bruttoinlandsprodukt Italiens lag seit der Jahrtausendwende stets unter dem EU-Durchschnitt, der Rückgang in der Krise 2009 erreichte knapp -6%, drei Jahre später verzeichnete er -3%. Die Erholung in den Folgejahren war schleppend, im Jahr 2019 verzeichnete Italien BIP-Wachstum von nur +0.3%. Und aktuell fällt es noch rapider: Der Internationale Währungsfonds geht für das Jahr 2020 von einem Rückgang von 12.8% aus, im Falle einer «zweiten Welle» des Virus könnte sich die Rezession noch verschlimmern.

Der Unternehmensverband Confindustria war sich dessen seit dem Ausbruch der Pandemie bewusst. Als die italienische Regierung von Giuseppe Conte am 9. März 2020 verlauten ließ, aufgrund des Coronavirus alle nicht lebensnotwendigen Aktivitäten zu schließen, übte die Confindustria umgehend Druck auf die Regierung aus. Die Angst vor der Pandemie war groß, doch noch größer war die Angst vor einer weiteren Vertiefung der ökonomischen Krise und somit vor dem Verlust von «Marktanteilen» und Profitmöglichkeiten auf Unternehmensebene. Es musste also weiter produziert werden und zwar möglichst in allen Sektoren.

Obwohl die Zahlen der Corona-Erkrankungen und der Toten im ersten Monat der Pandemie stetig stiegen (am 27. März zählte man 919 Tote!), konnte schließlich Confindustria erzwingen, dass rund 60% der Betriebe während



500 neue Corona-Fälle nach Schulöffnungen. Schüler*innen und Lehrer*innen protestierten landesweit am 25./26.9.20 gegen das Bildungsministerium

der gesamten «ersten Welle» weiterproduzierten. Besonders in Norditalien, dem industriellen Zentrum des Landes, verbreitete sich infolge dessen das Virus an den Arbeitsplätzen rasant.

Die Arbeiter*innen reagierten kämpferisch auf die Missstände in den Betrieben. Fehlende Schutzmaßnahmen wie die Zurverfügungstellung von Masken, die regelmäßige Desinfizierung der Arbeitsplätze und die vorübergehende Schließung beim Aufdecken von Corona-Fällen gehörten zu den Hauptgründen der zahlreichen Arbeitsniederlegungen in der ersten Phase der Pandemie. Tatsächlich konnten die Arbeiter*innen dadurch verschiedene Verbesserungen in den Betrieben erzwingen.

Hunderttausende Jobs vernichtet

Der Staat allerdings hinkte in der Frage der sozialen Absicherung weit hinter den Bedürfnissen der Arbeiter*innen her. Obwohl die Kurzarbeitsregelung erweitert wurde, blieben zahlreiche Arbeiter*innen davon ausgeschlossen und die atypischen Arbeiter*innen (Zeitarbeit, (Schein-)Selbständige etc.) erhielten im besten Falle nur Einmalzahlungen. Dies führte zu einer seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehenen Verarmung breiter Gesellschaftsschichten. Im Juni waren laut offiziellen Schätzungen 1 Million Menschen in die

Armut abgerutscht. Karitative Organisationen sprachen von einer 40%-igen Erhöhung ihrer «Klient*innen» bei der kostenlosen Essensverteilung.

Besonders betroffen von diesen Verarmungsprozessen sind Arbeiter*innen im informellen Sektor. Im Tourismus und der Gastronomie beispielsweise konnte auch das Kündigungsverbot den Job von zehntausenden von Menschen nicht retten, da viele ohne Vertrag arbeiten. Zudem gab das Virus den geographischen Regionen praktisch den Todesstoß, die schon vor dem Corona-Ausbruch ökonomisch noch den Vorkrisenzahlen 2008-2012 hinterher hinkten: Im Süden Italiens, wo die offizielle Arbeitslosenquote schon knapp 20% beträgt, rechnet man bis Jahresende mit dem Verlust von weiteren 650.000 Arbeitsplätzen.

Diese soziale Situation bereitet den Politiker*innen Sorgen. Die italienische Innenministerin Luciana Lamorgese erklärte noch vor einigen Wochen in der nationalen Presse, die Politik müsse sich auf einen «heissen Herbst» gefasst machen, falls Unternehmen und Regierung nicht gewillt seien, die Notlage zahlreicher Arbeiter*innen ernst zu nehmen. Der Kochtopf brodelt und es bleibt offen, welchen Weg die Verteilungskämpfe in Italien einschlagen werden. ☆



- 1 Berliner MieterGemeinschaft e.V.**
 Wiesenstraße 30, 13357
 Beratung: Donnerstag, 18–19 Uhr
- 2 Bastal Die Erwerbsloseninitiative**
 Schererstr. 8, 13347
 Beratung auf Englisch, Italienisch, Deutsch, Spanisch, Rumänisch am Di. 14–17 Uhr | auf Englisch, Deutsch, Serbo-Kroatisch am Mi. 10–13 Uhr
- 3 EOTO e.V.**
 Togostraße 76, 13351
 Beratung für schwarze Menschen in Diskriminierungsfällen
 Terminvereinbarung unter: eachone@eoto-archiv.de | Tel. 030 983224177 | Mi. 11–13 Uhr | Fr. 15–17 Uhr
- 4 Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Berlin**
 Grünäler Straße 24, 13357
Infoveranstaltung Jeden 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. | Offenes FAU-Lokal: Immer Fr. von 17–20 Uhr. | **Gewerkschaftliche Beratung** Jeden 2. & 4. Fr. von 17–18 Uhr. **Anmeldungen** vorab per Mail an faub-beratung@fau.org | **MieterInnenberatung** Jeden 4. Mo. im Monat, 18–19 Uhr (in Kooperation mit Rechtsanwältin Carola Handweg)
- 5 Berliner Obdachlosenhilfe e.V.**
 Lynarstraße 38, 13353
 Festnetz: 030 51304896
 (Mi. und Sa. von 13–17:30 Uhr)
 Mobil: 0176 61102021
 (Mo. – Fr. von 11–18 Uhr)
- 6 Netzwerk-Zusammen für Wohnraum**
 Prinzenalle 58, 13359
Kostenlose Mietrechtsberatung
 Jeden letzten Di. im Monat ab 18:30
- 7 Ami'Curiae**
 Prinzenalle 58 C, 13359
 (2. Hinterhof, Erdgeschoss)
Die Beratung bezieht sich auf deutsches Recht und die Grenzen von deutschem
- 8 Kiezhaus Agnes Reinhold**
 Sozialberatung j.d. Do. 15–18 Uhr,
 Sprachcafé j.d. Mi. 17–19:30 Uhr,
 Kiezküche j.d. Di. 18–21 Uhr
 Afrikanische Straße 74, 13351
 www.kiezhaus.org
- 9 Nachbarschaftsladen Kommune 65**
 Buttmanstraße 1a, 13357
 www.kiezkommune.org
- 10 Demokratie in der Mitte / Vor-Ort-Büro**
 Fabrik Osloer Strasse e.V.
 Lotsenprojekt «Die Brücke» e.V.
 Hochstädter Straße 16
- 11 Groni50**
 Groninger Str. 50, 13347
 Küche für Alle (Küfa) jeden 2. Mo. im Monat
- 12 Café Cralle**
 Frauen*Kneipenkollektiv
 Hochstädte Straße 10 A, 13347
 Jeden Montag: Lesetresen
 Jeden 3. Mi. im Monat, Ende Gelände
 Tresen | Jeden 1. Do. im Monat
 Hände weg vom Wedding/Tresen